

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wortführer: Abonnementspreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Dreis.-Bundest.)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 8.

Berlin, Sonnabend, 28. Januar 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Kurpfuschergeiz und Apothekemonopol. — Dr. Oppenheimers Theorie des liberalen Sozialismus. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Kurpfuschergeiz und Apothekemonopol.

Es ist ein Verhängnis mit unserer Regierung. Seitdem sie sich dem schwarz-blauen Block in die Arme geworfen, ist es mit ihrer Reputation hin, und nichts will mehr recht gelingen, nicht einmal etwas, das ein recht volksfreundliches Nähdien trägt. Da hat sie vor etlichen Monaten die Befreiung des Volkes durch ein Kurpfuschergeizgesetz proklamiert. Aber wie man es bei Nichte bejah, da stellte es sich heraus, daß es wohl mit das Arbeiterfeindlichste ist, was seit Jahren in unserem lieben Vaterlande begangen ist. Denn der Kurpfuscher soll nur zu Reide gerickt werden, wenn zugleich das berüchtigte Apotheker-Monopol gestärkt wird, an dem wir doch alle wirklich schwer genug zu tragen haben. Ja, um den braven Apothekern zu helfen, die über die sich doch allmählich schichtern hervorwagende Konkurrenz Ach und Weh schreien, darum ist die ganze neue Gesetzgebungsaktion begonnen. So hat der Herr Ministerialdirektor v. Siquieros achsel-audend erklärt, als er die Mißgeburt von Gesetzentwurf zu verteidigen suchte. Ganz heimlich hat er sie dem Reichstag vorgelegt, in der Hoffnung, daß das Parlament mit Rücksicht auf den löblichen Zweck, das Volk vor Kurpfuscherei zu behüten, nicht weiter den Inhalt der Vordrucksätze untersuchen werde. Aber in seltener Einmütigkeit haben alle Parteien entschieden die Zustimmung abgewiesen, über so ernste Dinge dankbar quittierend hinwegzusehen, und so liegt denn der Entwurf in einer Kommission von 28 Mitgliedern. Ob er sie je wieder verlassen wird? Niemand glaubt daran; denn selbst den Apothekern wird ob der scharfen Ablehnung, die in allen Volkskreisen die Absichten der Regierung gefunden haben, recht schweiß zumute, und so verdröhen sie denn die Augen mit frommem Aufschlag: „Wir sind ja ganz unschuldig an dem bösen Gesetz. Wir sind es gar nicht gewesen, die es herabgeschickt haben. Vasset nur uns nicht Euren Unmut entgelten!“ Andere wissen es besser.

Das Gute an dem Entwurf ist schnell erzählt. Die schlimmsten Mißstände, die im Heilgewerbe zu finden sind, sollen mit Feuer und Schwert ausgerottet werden, abgesehen natürlich von dem schlimmsten Mißstand, nämlich dem Apotheker-Monopol, das sorgsam gehegt und gepflegt wird. Der Grundsatz der Gewerbefreiheit wird zwar formell zugunsten derer, die nicht als Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte staatlich approbiert sind, auch weiterhin aufrechterhalten. Damit wird eine Erregungssache des Jahres 1869, die hauptsächlich dem kulturfremden Wirken Birkdows zu danken ist, nämlich die sogenannte Kurierfreiheit, unangefastet gelassen. Aber wer nicht „approbiert“ ist, wird mehr als bisher reglementiert und kontrolliert. Er muß Bücher führen, die genau über seine Patienten und deren Behandlung Auskunft erteilen, und muß der Aufsichtsbehörde die Bücher vorlegen. Von gefährlichen Krankheiten haben die Pfuscher die Finger zu lassen. Mit Fernbehandlung ist es auch nichts mehr. Ebenso wird das Gebühretesen, das ja von sehr hoch- und wohlgeborenen Persönlichkeiten als alleinigmachend betrachtet wird, verboten. Und was von Krankheiten der Menschen gilt, das gilt auch für die der Tiere. Auch ihrer will sich der Gesetzgeber fürsorglich annehmen. Zwar luden unsere agrarischen Freunde das „Beipreden des Viehs“ zu retten. Aber all solcher Fokusfokus wird doch schließlich verboten werden.

Soweit könnte man sich mit dem Entwurf eines „Geleges gegen Mißstände im Heilgewerbe“ schon befremden. Aber es scheint, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden soll. Durch Verbotsbestimmungen, die sich auf das Anfündigungsweisen beziehen, auf Schriften, Vorträge, Empfehlungen usw., kann leicht die hier zu Lande noch dringend notwendige Aufklärung über die Grundzüge der Gesundheitspflege leiden. Der Anteil, den gerade die Laien an der Verbreitung nützlicher Kenntnisse über unsere Pflichten gegen unseren Körper, Lebensweise, Diät usw. erlangt haben, darf nicht gering eingeschätzt werden. Insbesondere ist die Kenntnis der Vorteile des kalten Wassers und der Bewegung in frischer Luft, des regelmäßigen Turnens und fröhlicher Körperübungen zum guten Teil dem überzeugenden Wort der Nichtapprobierten zu danken, die darum nicht gleich Pfuscher zu sein brauchen. Auch manche wertvolle Erfindung ist dem lebendigen Wille des Laien und Laienpraktikers zu danken. Dadurch, daß fünfzigjährig Nicht-Ärzte keinerlei Medikamente mehr bei sich führen, solche auch nicht empfehlen dürfen, wird mancher Ausbeutung des Publikums vorbeugt werden. Ob diese Bestimmung aber immer den Bedürfnissen der Praxis, zumal auf dem Lande, entspricht, wo nicht die Apothekerei leicht erreichbar ist, mag dahingestellt bleiben.

Ist bei diesen Bestimmungen aber wenigstens die Absicht gut, so ist sie um so schlimmer bei den weiteren Vorschriften, denn in ihnen kommt die Tendenz, das Volk vollständig dem Apotheker-Monopol auszuliefern, unverhüllt zum Ausdruck. Es wird nämlich in dem Regierungsentwurf nichts mehr und nichts weniger verlangt, als fünfzigjährig schlechterdings alles aus der Apotheke zu holen, was nur irgend die Natur hervorbringt und was auch nur im entferntesten ein Leiden lindern, einen Körperschaden verhüten soll. Nahrungsmittel für Säuglinge sollen dran glauben, Kräftigungsmittel für Menschen und Tiere, auch appetitanregende Würzungen, Gesundheitsstiefel, Nährkafkas, Zahnbürsten, Zuckersieder, Brillen, Turnapparate und was sonst nur das Leben angenehm machen kann — alles soll man hübsch in der Apotheke kaufen; ja, die Apotheker sollen möglichst selbst alles anfertigen nach Vorschrift des Arztes. Es wird ein Monopolleben geben, das einem Hören und Sehen vergeblich, und die Gewinne der Apotheken werden ins Kraut schießen, weil sie die Skundskafte der Nahrungsmittelgeschäfte, der Drogeriehandlungen, der Instrumentenmacher, der Optiker und der Unterjachenfabrikanten freudig in ihre Arme schließen sollen. Man höre nur, wie es wörtlich in dem Gesetzentwurf von den Dingen heißt, deren Verkehr „beschränkt oder unterjagt“ werden kann, d. h. dem freien Verkehr entzogen und in die Apotheken geschleppt werden soll:

„Arzneien, Apparate und andere Gegenstände, die zur Verhütung, Vinderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden bei Menschen oder Tieren dienen sollen, Kräftigungsmittel für Menschen und Tiere, Säuglingsnahrungsmittel.“

Was irgend menschlicher Geist geschaffen hat, um einen Beinbruch oder Schuppen zu verhüten oder Kopfschmerzen zu lindern, das soll der Apotheke reserviert bleiben, wenn — das ist der niedrigste Punkt in der ganzen Gesetzesvorlage — die Herren Apotheker selbst solches für recht und billig halten. Eine solche Unerschlichkeit bildet doch den Gipfel der Naivität. Die Apotheker schreiben Ach und Weh darüber, daß sie nichts verdienen nach dem alten Bawort: „Je mehr er hat, je mehr er will; der Fünfermarkt ist niemals

still.“ Darum soll ihnen durch ein neues Sondergesetz geholfen werden. Und da überläßt man ihnen die Mitbestimmung darüber, was in ihre Monopolstücke getragen werden soll. Ja, sie gehen aufs Ganze. Diejenigen, denen man so ganz einfach den Garaus machen will, nur damit des Apothekers Schornstein rauche, sollen gar nicht bei dem ganzen Verfahren mitzureden haben. Im Gegenteil soll die heilige Apotheker-Feine rüden. Aber gegen ihre Entscheidung soll es keine Berufung, keinen Rechtsweg geben! Mehr konnte den Apothekern wirklich nicht gewährt werden. Und sie sind noch immer nicht zufrieden. Wer holt ihnen den Himmel herunter?

Wenn es auf diesem Wege zu einem Gesetz käme, so würde uns allen Hören und Sehen vergeblich. Wir haben es glücklich nach unglücklichen Mühen erreicht, daß die Krankenpflege popularisiert ist. Die Krankenkassen würgen und quälen sich, um endlich das Apotheker-Monopol zu brechen, so daß auch mander andere Gewerbetreibende an der Betriedigung der Bedürfnisse des kranken Menschen sich beteiligen darf — zum großen Segen der Klassenmitglieder und der Klassen selbst, die dadurch leistungsfähiger geworden sind. Das Volk knirscht, daß es noch immer dem Apotheker so einzigartig, wie sonst nur noch dem Agrarier, tributpflichtig sein muß, knirscht gegen alle Belastung der schwarz-blauen Finanzreform. Und da wagt es eine Regierung, ein solches Gesetz einzubringen, das allen Lebensinteressen des Volkes Dohn spricht und die Tributpflicht gegenüber dem Monopol nur noch fester und dauerhafter stampft! Wahrlich, ein solches Gesetz enthält die ganze Verständnislosigkeit der Regierung für menschliche und gerechte Ansprüche. Was sie da als Verdrängung für die nackten Forderungen einer selbstthätigen Klasse in den Gesetzentwurf hineingemittelt hat, verlohnt sich nicht erst der Erwähnung. Es ist eitel Augenverblendung. Es bleibt nur übrig die Schuld, die Bevölkerung auszuwahren, und hierunter muß am meisten derjenige leiden, der am wenigsten zu verlieren hat, der deutsche Arbeiter. Von neuer Seite droht ein Feind. Aber wir lassen uns nicht überrumpeln. Ein gellender Protest gegen diese monopolistische Volksfeindlichkeit muß durch die Lande hallen, und wir müssen überall erklären: „Der Entwurf dieses Gesetzes gegen Mißstände im Heilgewerbe bezweckt nichts anderes als die Stärkung des ungerechten und drückenden Apotheker-Monopols und damit eine ungebürliche Versteuerung der Gesundheitspflege. Der Entwurf verdient damit als Attentat auf das Volkswohl die schärfste Verurteilung. Jede Erweiterung des Apotheker-Monopols lehnt das deutsche Volk aufs entschiedenste ab.“

## Dr. Oppenheimers Theorie des liberalen Sozialismus.

Der Wissenschaft geht es wie der Kunst, wie der Industrie, wie der Politik und allen anderen gesellschaftlichen Einrichtungen. Die Jugend drängt stürmisch vorwärts und reißt nach und nach den größten Einfluß an sich. Mit ihrer Herrschaft und der Herrschaft ihrer Ideen beginnt die Zeit des Aufschwungs und der höchsten Blüte. Nach und nach verkleinern aber sowohl die Ideen wie die Menschen, deren Aufgabe die Vertretung der Ideen ist. Es geht abwärts. Es kommt eine Zeit des Stillstandes und des Niederganges, und diese dauert so lange, bis eine oder mehrere reformerisch gesinnte Persönlichkeiten auftreten, die mit festem Hammer die alten versteinerten Ideen zerbrechen,

neuen Wein in die alten Schläuche gießen und dann der Sache wieder einen neuen Aufschwung geben. „Dass die Bogen sich senken und heben, das eben ist des Meeres Leben.“

Diese allgemeine Erwähnung zeigt sich auch in der Wissenschaft von der Nationalökonomie, d. h. in der Wissenschaft von der Volkswirtschaft. Ihre Aufgabe ist es, uns die Gesetze des Wirtschaftslebens erkennen zu lassen, und da diese Gesetze nicht mit Händen zu fassen sind, so ist es sehr schwer, sie zu ergreifen. Nicht nur das das Wirtschaftsleben selbst sehr flüchtig ist. Gesetze, die heute als richtig anerkannt sind, sind es in 10 Jahren nicht mehr, teils weil das Wirtschaftsleben sich geändert, teils weil man es auf Grund besserer Einsicht klarer verstehen gelernt hat. Und auch in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft gibt es, wenn eine Anschauung eine Zeit lang geherrscht hat und dann verfliehet ist, revolutionäre Kräfte, die das bisher Anerkannte zu zertrümmern suchen, um Besseres an seine Stelle zu setzen. Die Personen, die diese Arbeit des Erneuerns in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft zu leisten pflegen, sind durchaus nicht immer, vielleicht darf man sogar sagen, nur selten, berufsmäßig in der Wissenschaft beschäftigt. Ja oft sind es fremde Eindringlinge, die das Alte zerbrechen und Neues an seine Stelle setzen, die es wagen, die Köpfe der Junggelehrten wackeln zu lassen, ohne sich zu fürchten. David Ricardo, einer derjenigen, der vor einer Reihe von Jahrzehnten die nationalökonomische Wissenschaft gründlich gefördert hat, war kein Berufswissenschaftler, sondern ein Kaufmann. Und so könnte man ihrer recht viele aufzählen. Marx war zwar studierter Gelehrter, war aber doch auch in der Hauptstadt Politiker, und als Politiker schuf er sein wissenschaftliches System, das dann auf die nationalökonomische Wissenschaft erheblichen Einfluss ausgeübt hat.

Die nationalökonomische Wissenschaft befindet sich auch jetzt wieder in einem Zustande der Verflechtung. Was die Schmoller, Brentano, Wolf, Wagner u. a. in ihrer Jugendzeit gebracht und ausgearbeitet, ist Gemeingut aller Gebildeten geworden, ist aber damit zu gleicher Zeit auch in vielen Punkten veraltet. Und wieder schwingt ein Neuerer den Hammer, zertrümmert rücksichtslos manchen alten wissenschaftlichen Behrbeh, den als feststehend zu betrachten man sich gewöhnt hatte. Und dieser Neuerer zertrümmert nicht bloß die Behrbeh der jüngsten Nationalökonomie, die an den staatlichen Hochschulen gelehrt wird, sondern hämmert ebenso rücksichtslos auf die veralteten Lehren des Marxismus ein, auch hier zertrümmern, was mit dem Fortschritt der Zeit nicht mitgegangen ist. Dieser Zertrümmerer ist auch jetzt wieder kein jüngerer Gelehrter, sondern ein Außen-seiter, der, von vielen verpöndelt und verhöhnt, seine Lebensarbeit dazu benutzt hat, eine nationalökonomische Theorie zu schreiben, der voraussichtlich die Zukunft gehören wird. Dr. Franz Oppenheimer ist der Rebelle im Lager der alten Nationalökonomie. Oppenheimer war von Beruf Arzt, hat aber diesen Beruf seit langem aufgegeben und sich nationalökonomischen Studien zugewandt. Es ist ihm gelungen, als Privatdozent an die Berliner Universität zu kommen. Aber ein Außen-seiter ist er trotzdem geblieben. Nachdem er schon eine Reihe Schriften in früheren Jahren veröffentlicht hat, tritt er jetzt mit einer Zusammenfassung seiner Gedanken hervor in einem Buche, das den Titel trägt: „Theorie der reinen und politischen Ökonomie.“ Verlag von Georg Meiner in Berlin. Preis 14 Mark.

Es kann an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, ins einzelne gehend zu schildern, was Oppenheimer neu zu sagen hat. Aber weil wir glauben, daß die Oppenheimerische Theorie die gegebene theoretische Grundlage der Gewerkebewegung ist, so müssen wir doch an einigen großen Gesichtspunkten zeigen, wo hinaus Oppenheimer steuert. Eine der Grundfragen, mit denen die Nationalökonomie zu tun hat und die zugleich auch die Grundlage des modernen sozialen Kampfes ist, lautet: Wie sind die gewaltigen Unterschiede zwischen Arm und Reich entstanden, mit denen wir es heute zu tun haben? Die alte Nationalökonomie sagt, die Ungleichheit in der Vermögensverteilung sei entstanden aus wirtschaftlichen Ursachen. Es habe Faulen und Fleißigen auf der Welt gegeben, Sparfame und Verschwender, Schwache und Starke, Kluge und Dumme usw., und aus dieser verschiedenartigen Veranlagung der Menschen sei es im Laufe der Jahrhunderte gekommen, daß reiche, enorm reiche Leute den armen, Bettelarmen gegenüber stehen. Die jüngste Nationalökonomie bezeichnet diese Vorgänge als die „ursprüngliche Akkumulation“. Und sie galt als ein feststehender Satz. Danach kam Karl Marx und wies nach, daß die großen Vermögen nicht nur durch die ursprüngliche Akkumulation entstanden seien, ja daß viel-

leicht diese den geringsten Einfluß bei der Bildung großer Vermögen gehabt habe. Vielmehr seien die großen Vermögen entstanden durch Ausbeutung der Arbeiter durch den Unternehmer. Das heißt, der Wert der von den Arbeitern geleisteten Arbeit war größer als der gezahlte Lohn. Es bleibt dem Unternehmer also ein Ueberschuß, und aus diesem Ueberschuß, d. h. dem „Profit“, sammelten sich die großen Vermögen an.

Aus diesen Marx'schen Grundgedanken entwickelt sich die ganze sozialdemokratische Lehre, die heute noch maßgebend ist. Oppenheimer stellt beiden Anschauungen gegenüber eine andere, wie folgt: Die großen Vermögen sind nur zum kleinsten Teil aus wirtschaftlichen Ursachen entstanden. Sowohl die Urursachen, die von der jüngsten Nationalökonomie, als auch die, welche vom Marxismus angegeben werden, sind wirtschaftliche Ursachen. Oppenheimer macht aber darauf aufmerksam, daß es noch eine andere Form der Vermögensansammlungen gebe, nämlich die durch den Raub. Dabei dürfe man als Raub nicht nur die gewaltsame Wegnahme von Waren auf der Landstraße bezeichnen, sondern es sei nur eine besondere Form des Raubes, wenn eine herrschende Klasse eine andere Klasse unterdrücke und dieser gewisse Lasten auferlege, die die unterdrückte Klasse in Zukunft an die herrschende Klasse leisten müsse, wofür ihr das Recht gegeben wird, an Ort und Stelle zu leben und zu arbeiten. Oppenheimer nennt diese Art der Bereicherung einer herrschenden Klasse auf Kosten einer unterdrückten Klasse das „politische Mittel“ der Vermögensansammlung, im Gegensatz zu dem schon oben erwähnten „wirtschaftlichen Mittel“. Der erste Staat, der entstand, wurde gebildet durch eine Nomadenherde, die eine Ackerbau treibende Bevölkerung überfiel und verpflichtete, ihr, d. h. der Nomadenherde, Abgaben zu leisten, wofür die Nomaden sich verpflichteten, den Kriegsdienst auszuführen und damit die Ackerbauer vor ferneren Einfällen von Räubern zu schützen. Die Nomadenherde war die herrschende, die Bauernbevölkerung die unterdrückte Klasse. So ist für Oppenheimer der Staat von jeher ein Klassenstaat. Die herrschende Klasse im Staate benutzt ihn, um sich zu bereichern auf Kosten der unterdrückten Klasse. Die Art und Weise, in der diese Bereicherung stattfindet, habe sich geändert, sei gestillter und willkürlicher geworden, aber die Bereicherung selbst sei bestehen geblieben. Der Staat befinde sich aber allmählich auf dem Wege der Umbildung vom Klassenstaat zur Freibürger-schaft. Das Nähere darüber findet man in Oppenheimers Buch: „Der Staat“. Verlag Frankfurt. Preis 2 Mark.

Auf diese hier nur unvollkommen angedeuteten Voraussetzungen baut Oppenheimer seine weitere Theorie auf. Die Annahme der Sozialdemokratie, daß die Ausbeutung des Arbeiters durch die Unternehmer die Ursache aller sozialen Not sei, lehnt Oppenheimer unbedingt ab. Marx habe hier die Ursache mit der Wirkung verwechselt. So lange in einem Lande oder in einem Erdteile noch Grund und Boden vorhanden sei, der nichts oder nur sehr wenig kostet, sei es jedem besitzlosen Manne möglich, ein kleiner Landwirt zu werden und als solcher seine Existenz zu finden. Es würde also in einem solchen Staate kein Arbeiter in der Industrie für schlechtere Bedingungen arbeiten, als ihm geboten seien, wenn er kleiner Landwirt wäre. Erst in dem Augenblicke, wenn aller Grund und Boden gesperrt sei, d. h. in festen Besitz übergegangen wäre, müsse der Ueberschuß der Bevölkerung in der Industrie zu einem Lohne Beschäftigung suchen, der sich wenig über das Existenzminimum erhebe. Es sei heute noch genügend Grund und Boden vorhanden, um dem Ueberschuß der Bevölkerung die Möglichkeit der Existenz als selbständiger Landwirt zu geben. Deutschland umfasse z. B. 32 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Wenn man diese Fläche auf die landwirtschaftliche Bevölkerung verteile, so entfielen auf jeden Kopf noch 8 Morgen Land, d. h. auf die Familie etwa 40 Morgen Land. Das sei erheblich mehr als ein kleiner Landwirt ohne Zuliffnahme fremder Arbeitskräfte bewirtschaften könnte. Und wenn man erst das gesamte nutzbare Ackerland der Erde in Betracht ziehe, so entfielen auf den Kopf der gesamten Bevölkerung (Industrie und Landwirtschaft) 16 Morgen, d. h. auf die Familie etwa 80 Morgen Land. Kein theoretisch betrachtet, hätte also die Erde noch auf Jahrhunderte hinaus Platz genug, um den Zuwachs der Bevölkerung in der Landwirtschaft unterzubringen. Würde das tatsächlich geschehen, so würde ein starker Mangel an Arbeitskräften in der Industrie eintreten, der notwendig eine starke Steigerung der Löhne herbeiführen müßte.

Warum aber sei es dem besitzlosen Menschen unmöglich, Grund und Boden zu selbständiger Bewirtschaftung zu erhalten? Die Ursache dieser Er-

scheinung sei das Großgrundbesitz sowohl in Deutschland als in allen anderen Teilen der Erde. Der Großgrundbesitz halte den Grund und Boden gesperrt. Die Großgrundbesitzer seien die herrschende Klasse, die den Klassenstaat in ihre Dienste stellt und sich durch ihn im Besitz der großen Bodenfläche erhält. Wer also die soziale Frage zum mindesten für Jahrhunderte lang lösen wolle, müsse das Großgrundbesitz zertrümmern, müsse auf dem Lande Bauern ansiedeln und dadurch das Angebot an Arbeitskräften in der Industrie verdrängen.

Soviel über die Oppenheimer'sche Theorie! Sie ist hier nur in dünnen Umrissen skizziert. Oppenheimer belegt seine Ausführungen mit einem reichen Material, und wenn sich auch über manche Einzelheit, soweit wir bis jetzt sehen, streiten läßt, so glauben wir doch, daß, im großen gesehen, Oppenheimer auf dem rechten Wege ist. Vor allen Dingen könnte die Industriearbeiterschaft aus seiner Theorie wichtige Lehren schöpfen, von denen hier nur eine erwähnt sei: Der enge Zusammenhang der Lage des Industriearbeiters mit den Besitzverhältnissen in der Landwirtschaft, ein Zusammenhang, von dem die größte Arbeitergruppe in Deutschland, die Sozialdemokratie, bisher nicht die mindeste Ahnung hat.

Oppenheimer erkennt aber auch, daß die Durchführung seiner Lehren nur möglich ist auf dem Boden der Demokratie, indem die Masse des Volkes die Herrschaft an sich reißt. Auf Seite 707 seines Buches heißt es: „Darum bleibt die Demokratie, die Gemeinschaft freiwollender Menschen, das Ideal der Menschheit. Die Schwären und Beulen der Demokratie unserer Gegenwart beweisen nichts gegen dieses Ideal. Wie man nach Spencer nicht erwarten kann, in einer unvollkommenen Gesellschaft einen vollkommenen Menschen zu finden, so kann man in einer von so gewaltigen Feindlasten durchsetzten Staatsgemeinschaft nicht erwarten, einen vollkommenen Staat zu finden.“

Oppenheimer ist aber nicht Sozialist. Er sieht keineswegs in der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel den Ausweg aus den Wirrnissen der Zeit, sondern er will grundsätzlich die auf der freien Konkurrenz basierende kapitalistische Gesellschaft erhalten wissen, einfach weil er ihre Verrückung nicht gebraucht, um das soziale Elend zu bekämpfen. Er nennt deshalb mit Recht sein System das eines liberalen Sozialismus, und er will nicht anerkennen, daß der Liberalismus abgewirtschaftet hat. In der Vorrede seines Buches auf Seite 10 heißt es: „Und darum melde ich vor dem Forum der Wissenschaft Verurteilung an gegen das Urteil, das vor langer Zeit gegen den Liberalismus ergangen ist. Ich nehme keine Gebanzen im vollen Umfange auf und hoffe, sie zum Siege zu führen, trotz allem Hohn und aller Verachtung, die ein volles Jahrhundert auf das einst vergrößerte Jodol gebäuft hat.“ Auch in dieser Richtung geht Oppenheimer völlig einig mit den Grundgedanken der freiheitlich-nationalen Arbeitererschaft.

Das Buch ist in einer glänzenden Sprache geschrieben und mit einer wahrhaft religiösen Leidenschaft. Es bietet, wir wiederholen es, im großen und ganzen eine stichfeste Theorie für die Gewerkebewegung, eine Theorie, die uns die Möglichkeit gibt, auch auf wissenschaftlichem Boden mit der Sozialdemokratie die Klinge zu kreuzen. Freilich für den nicht in volkswirtschaftlichem Denken geübten Mann ist das Oppenheimer'sche Buch nicht leicht zu verstehen. Wir wünschten etwas weniger Fachausdrücke und Fremdwörter darin. Aber dieser Mangel ist nicht schwer zu reparieren, wenn das Buch in einer verkürzten populären Ausgabe herausgebracht wird. Diejenigen Kollegen von uns, die im Jahre 1909 an dem volkswirtschaftlichen Kursus des Verbandes teilgenommen haben, kennen Dr. Oppenheimer und kennen auch seine Gedanken. Wir hoffen ihnen und manchen anderen mit der Anzeige von dem Erscheinen dieses Buches eine Freude zu bereiten.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 27. Januar 1911.

Ein neuer Gewaltstreik gegen die Koalitionsfreiheit der Gewerkevereine! lautete das Thema, das der Kollege Gustav Sartmann in einer vom Gewerkeverein der Maschinenbauer zu Montag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, nach dem Verbandshaus in Berlin einberufenen großen Gewerkevereinsversammlung behandelt wird. Da es gilt, Protest zu erheben gegen die ständigen, von veränderlicher Seite gegen die Koalitionsfreiheit der Gewerkevereine gerichteten Anschläge, darf wohl erwartet werden, daß die Mitglieder aller Gewerkevereine, die herzlich eingeladen sind, sich zahlreich einstellen.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission hat die Beratungen über die Krankenversicherung fortgesetzt. Für die Wandergewerbetreibenden war im Regierungsentwurf infolge einer Ausnahmebestimmung vorhanden, daß sie nur Anspruch haben sollten auf die Mindestleistungen der Krankenkassen. Wenn also eine Klasse ihren sonstigen Mitgliedern mehr als diese Mindestleistungen bot, so hätte bei den Wandergewerbetreibenden eine entsprechende Kürzung der Leistungen vorgenommen werden dürfen. Hier wurde in zweiter Lesung eine kleine Besserung geschaffen. Die Satzung kann nämlich jetzt bestimmen, daß der versicherte Wandergewerbetreibende auf seinen Antrag auch Anspruch auf die Mehrleistungen der Klasse hat, so lange er sich in dem Bezirke der Klasse aufhält.

Zu einer ausgiebigen Debatte führten die Bestimmungen über die Erbschaftskassen. Nach dem Regierungsentwurf sollten nur diejenigen freien Hilfskassen als Erbschaftskassen zugelassen werden, denen vor dem 1. April 1909 eine Bescheinigung nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes zugestellt ist. In der ersten Lesung waren diese Beschränkungen gestrichen und nur die Bedingung aufrecht erhalten worden, daß die Erbschaftskassen ihren versicherungspflichtigen Mitgliedern mindestens die Regelleistungen der Ortskrankenkassen gewähren und daß sie mindestens 1000 Mitglieder haben müssen.

Schließlich wurde beschlossen, daß von den Personen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, nur die Gärtner sowie die vorübergehend beschäftigten Arbeiter einer Erbschaftskasse beitreten dürfen. Ein Antrag, nach welchem für die Mitglieder der Erbschaftskassen der Arbeitgeber seinen Beitragsteil an die Erbschaftskasse zu zahlen hat, wurde abgelehnt. Im übrigen stellte sich die Kommission auf den Boden der Beschlüsse erster Lesung.

Nach Erledigung der Krankenversicherung wurde in die Beratung des ersten Bundes über die gemeinsamen Vorschriften eingetreten. Ein Versuch, die Sonderversicherungsämter wieder einzuführen, wurde zurückgewiesen. Wesentlich neue Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die im Herbst in Nürnberg-Fürth stattfand, wird eine überaus reichhaltige und interessante Tagesordnung aufweisen. Im Anschluß an die bereits veröffentlichten diesbezüglichen Arbeiten sollen Referate über Gemeindefinanzen erstattet werden, an die sich eine Diskussion anschließen soll. Außerdem sind Referate über Lebensläufe der modernen Industriearbeiter, über ihre Anpassung an die Arbeitsbedingungen der neueren Technik in Aussicht genommen. Auch über diese Frage ist vom Verein bereits eine Reihe von Schriften erschienen, weitere sollen in den nächsten Monaten herausgegeben werden. Das Volkssparwesen sowie die Waisenerziehungsfähigkeit der außereuropäischen, namentlich tropischen Kolonialgebiete, ferner die Erforschung der Warenpreise in den letzten Jahrzehnten, ihre Grundlagen und Bestimmungsgründe sollen Gegenstand der Untersuchungen und Beratungen sein.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der Fensterpoker in Berlin, in dessen Verlauf es mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen ist, konnte jetzt beigelegt werden. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, die den Arbeitern in Bezug auf die Lohnerhältnisse nicht unerhebliche Zugeständnisse macht. — In der Oberpfalz befinden sich seit längerer Zeit die Glasschleifer in einer Lohnbewegung. Die bayerische Regierung hat sich bemüht, zwischen den Arbeitern und den Unternehmern eine Einigung herbeizuführen und einen entsprechenden Tarif ausgearbeitet. Die Glasarbeiter haben jedoch die darin gemachten Zugeständnisse als zu gering abgelehnt, so daß es voraussichtlich zum Streik kommen wird. — Der Streik der Bergleute auf der Donnersmardgrube in Oberloosen dauert fort und gewinnt sogar noch an Ausdehnung. — In der Schraubenfabrik von Gabel u. Wrede in Magdeburg sind 160 Dreher in den Streik getreten, weil sie in der Entlassung eines Arbeiters eine Maßregel erblickten.

Am Stampe der belgischen Kohlenarbeiter ist es zu einer neuen Abstimmung gekommen, bei der sich die überwiegende Mehrzahl der Delegierten für die Wiederaufnahme der Arbeit erklärte. Es darf danach angenommen werden, daß in allernächster Zeit der Friede wieder hergestellt

wird. — Der Streik der Theaterarbeiter in Wien ist beendet. Es ist den Streikenden nicht gelungen, nennenswerte Vorteile zu erringen.

Die Gewalttätigkeiten von Bremen, die in der dortigen Waggonfabrik die Arbeit niederlegten, weil sie mit einem Gewerksvereiner nicht zusammenarbeiten wollten, haben sich die verdiente Niederlage geholt. Der größte Teil ihrer Blöße ist von Gewerksvereiner belegt worden, so daß diejenigen, die jetzt draußen bleiben müssen, Gelegenheit haben werden, über ihr Vorgehen nachzudenken. Wie brutal die Bremer Verbändler gehandelt haben, geht am besten daraus hervor, daß sowohl die örtliche Verwaltung als auch der Vorstand des Metallarbeiterverbandes in einem Briefe ausdrücklich anerkannt haben, daß sie das Verhalten ihrer Mitglieder in Bremen nicht billigen und die Arbeitsniederlegung nicht als gerechtfertigt erklären könnten.

Vorgänge, wie sie sich hier in Bremen abgepielt haben, ereignen sich häufig auch anderswo. Nur dem energischen Vorgehen unserer Kollegen in Bremen und der Leitung des Gewerksvereins der Waldmünderer ist es zu danken, daß in diesem Falle das Attentat auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter vereitelt worden ist. Erfreulich ist es, daß auch der Unternehmern den „Genossen“ gegenüber das nötige Mißtraut gezeigt hat. Wenn das überall geschähe, dann würden es sich die Herren Verbändler öfter überlegen, ehe sie den bei ihnen so beliebten Terrorismus Andersdenkenden gegenüber anwenden.

**Edele Seelen.** Jedem aufrichtigen Freund der Arbeiterbewegung muß es tief betrüben, wenn er die gehässigen Kämpfe beobachtet, die zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen geführt werden. Am schmerzlichsten aber wird er es empfinden, daß die gütigsten Kräfte der Kluge und Verleumdungen, der Indulgenz und der Brutalität in diesen Kämpfen zur Anwendung gelangen. Sich selbst darin übertroffen haben in letzter Zeit die „freien“ Gewerkschaften, die schon längst den Ruf erreicht hatten. Aber was die „Vollarbeiterz.“ und der „Vorwärts“ in der freien Gelegenheit zusammengekommen haben, das geht denn doch weit über alles bisher Dagewesene hinaus. Wollte man alle Behauptungen dieses edlen Blätterpaares richtig stellen, dann müßte man den ganzen Raum des Organs darauf verwenden, und dazu ist es uns denn doch zu schade. Nur ganz kurz wollen wir deshalb noch einmal auf die letzten Schimpfpredigten der genannten Blätter eingehen, ohne uns damit der Förmlichkeit hinzugeben, dieselben zu belehren oder zur Einsicht zu bewegen.

Unsere bestimmte Erklärung, daß niemals Vertreter eines Gewerksvereins bei Herrn Freese ein- und ausgegangen sein, glaubt man deshalb als falsch hinstellen zu können, weil in der „Eiche“ selbst mitgeteilt worden ist, daß sie sich von Freese Informationen geholt habe. Die „Genossen“ vergessen nur, daß dies erst mehrere Wochen später geschah, nachdem man die Gewerksvereiner als die „Masgeier des Schlachtfeldes“ bezeichnet hatte. Gerade um das Klügelgebäude der Gegner zu zerreißen, hat sich nachträglich die Redaktion der „Eiche“ an Freese gewandt, der in allen Kreisen als ein hochangesehener und anständiger Mann gilt, ein Urteil, an dem in unseren Augen auch seine Stellung als Unternehmer nichts zu ändern vermag.

Für den „Vorwärts“ und die „Vollarbeiterzeitung“ freilich genügt dies schon, um Freese als ungläubwürdig hinzustellen. Sie bezeichnen ihn als den „Angeklagten“, dem selbst das Gesetz einräume, nach Leibeskräften zu lügen. Da verwechselt man denn doch die Begriffe. Der Angeklagte ist in diesem Falle einzig und allein der Vollarbeiterverband, der von dem Rechte, nach Leibeskräften zu lügen, den allerweitestgehenden Gebrauch gemacht hat. Den besten Beweis dafür liefert die Schilderung der Arbeitsnachweisfrage in den „Genossen“-Blättern. Da wird behauptet, der Gewerksverein habe selbst im Jahre 1905 den Vertrag mit Herrn Freese unterzeichnet, in dem auch die Frage des Arbeitsnachweises geregelt worden sei. Das stimmt schon. In dem damaligen Vertrage aber hieß es: „Bei Neueinstellung von Arbeitern ist der Arbeitsnachweis der Organisationsnenn zu berücksichtigen.“ Der neue Vertrag aber, um den es sich in diesem Streite handelt, hat dafür den Zusatz: „Bei Neueinstellung von Arbeitern muß der Arbeitsnachweis des deutschen Vollarbeiterverbandes benutzt werden.“

Wir meinen doch, daß für alle normal denkenden Menschen diese Probe genügt, um sich ein Bild von der „Wahrheitsliebe“ des „Vorwärts“ und der

„Vollarbeiterz.“ zu machen. Deshalb verzichten wir auf weitere Ausführungen. Herrn Freese zu verteidigen, ist nicht unsere Aufgabe. Das wird er selbst bezorgen. Die Anwürfe von seinen „Genossen“ werden ihn jedenfalls kalt lassen. Bezeichnend aber ist es, daß die letzteren jetzt auf einmal alle möglichen Mißstände in dem freien Betriebe entbeden, so u. a. auch, daß dort teilweise erheblich niedrigere Löhne gezahlt würden als in anderen Fabriken der gleichen Branche. Daß die „Genossen“ dies nicht früher bemerkt haben! Und noch merkwürdiger ist, daß sie, obwohl sie so stark in dem Betriebe organisiert waren, gar nicht versucht haben, Besserung zu schaffen. Das wirft doch ein eigenartiges Licht auf die Art, wie die „freien“ Gewerkschaften die Arbeiterinteressen vertreten.

Zum Schluß noch eine kurze Erwiderung auf die „Masgeier“. Wer wie die „Vorwärts“-Redakteure offenkundigen Streifbruch begangen hat, der hat ein für alle Mal das Recht verwirkt, sich zum Richter über andere aufzuwerfen. Das Wort „Masgeier“ paßt auf keinen besser als auf die Streikbrecher in der „Vorwärts“-Redaktion.

**Ueber die Schadenerschaft bei mangelhafter Lehrlingsausbildung** bringt die „Soz. Prax.“ folgenden interessanten Fall: Ein Buchdruckereibesitzer hatte einen Druckerlehrling trotz wiederholten Einschreitens der Vertreter der Larigemeinschaft fast 2 1/2 Jahre nur mit Hilfsarbeiterdiensten an der Rotationsmaschine beschäftigt und dem Lehrling nur eine sechswochenlängliche Anleitung durch einen älteren Gehilfen an der Schnellpresse geben lassen. Die Folge war, daß der Lehrling bei der Gehilfenprüfung vor der Handwerkskammer in Embden glatt durchfiel und der Prüfungsausschuß ein mindestens halbjährliches Nachlernen für erforderlich erklärte.

Das Gewerbegericht zu Wilhelmshaven, das schon einmal Gelegenheit gehabt hatte, denselben Arbeitgeber wegen Verletzung der Lehrpflichten zu rügen, gelangte auf die Klage des Lehrlings hin zu der Ueberzeugung, daß hier eine arge Vernachlässigung der Ausbildung vorliege, und machte dem Lehrherrn den Vorschlag, den jungen Mann ein halbes Jahr lang bei einem wöchentlichen Lohn von 20 Mark und steter Beaufsichtigung und Anleitung durch einen älteren Gehilfen in seinem Betriebe weiter auszubilden und außerdem eine sofortige Entschädigung von 100 Mark zu zahlen. Der Vertreter der Firma aber glaube es nicht nötig zu haben, auf diesen gewiß annehmbaren Vorschlag einzugehen und lehnte ihn rundweg ab. Die Folge war, daß das Gewerbegericht den Buchdruckereibesitzer zur Zahlung einer Entschädigung von 500 Mark an den Kläger verurteilte.

Soffentlich merkt sich dieser gewissenhafte Lehrherr den Denksatz!

Die **Werblichen Pioniere von Rochdale** spielen noch heute eine ganz besondere Rolle in der Konsumvereinsbewegung, denn an ihren Namen knüpfen sich die bedeutendsten Grundsätze. Ihr Verein zählt gegenwärtig über 18 000 Mitglieder, erreicht einen Jahresumsatz von 7 1/2 Millionen Mark und macht noch immer gute Fortschritte. Besonders umfangreich ist die Bildungstätigkeit der Genossenschaft. Dem Bildungsausschuß des Vereins stehen jährlich 10 000 bis 12 000 Mark zur Verfügung. Es werden Vorlesungen und Konzerte für die Erwachsenen veranstaltet, Unterrichtskurse für die Kinder und jüngeren Leute. Sieben Lesezimmer und eine Bibliothek von 17 000 Bänden werden ebenfalls von der Genossenschaft unterhalten.

Im letzten Programm des Bildungsausschusses wird den Mitgliedern eindringlich vorgeführt, was sie leisten, wenn sie sich in der Konsumgenossenschaft betätigen:

1. Du hilfst einer Bewegung, welche ökonomische, soziale und moralische Reform erstrebt.
2. Du erkennst den menschlichen Anspruch auf gegenseitige Hilfe und Zusammengehörigkeit an.
3. Du pflegst Tugenden, wie Redlichkeit, Voraussicht, Selbstsucht, Duldsamkeit und Vertrauen, ohne welche die Genossenschaft unmöglich bestehen kann.
4. Du verschaffst dir und andern die Mittel zu höherer Bildung und Verwirklichung.
5. Du hilfst die Lage der arbeitenden Klassen verbessern, indem du anständige Löhne und gute Fabrikordnungen schaffst.
6. Du machst mühselos durch die Rückvergütung Ersparnisse.
7. Deine Ersparnisse erhalten hier höheren Zins und mehr Sicherheit als sonstwo.
8. Du bekommst reine Nahrungsmittel und ladelose Bedarfsgegenstände zu gewöhnlichen Marktpreisen.

Der Zweck der Genossenschaft ist die soziale und geistige Förderung ihrer Mitglieder.

**Das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit für Frauen** wird nun endlich auch in Oesterreich durchgeführt werden. Vor einiger Zeit teilten wir

mit, daß der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetzesentwurf von der Kommission des Herrenhauses zwar gutgeheißen, aber vom Herrenhause selbst an einen Ausschuß zurückverwiesen worden war. Damit war das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. J. vereitelt. Jetzt endlich ist das Abgeordnetenhaus einige nicht unerhebliche Verbesserungen erfahren hat, beigetreten. Es hat am 17. Januar die Vorlage genehmigt, die am 1. August d. J. als Gesetz in Kraft treten wird. Die Nachtarbeit der Frauen in gewerblichen Betrieben mit mehr als zehn Arbeitern wird dadurch verboten. Für die Zuckerfabriken, die in Oesterreich zahlreiche Arbeiterinnen bisher auch des Nachts beschäftigt haben, wurde allerdings die sehr lange Uebergangszeit bis Ende 1914 gestattet. Die Ueberstundenarbeit der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen darf an 40 Tagen gestattet werden. Das Schulpflicht der Arbeiterinnen wurde auf 18 Jahre festgesetzt.

Wird das Gesetz auch keine idealen Zustände schaffen, so bedeutet es doch einen erheblichen Fortschritt und vor allen Dingen einen bedeutamen Schritt zur endgültigen Durchführung des internationalen Verbots der Nachtarbeit der Frauen.

**Freie Hochschule Berlin.** Im Laufe des Februars beginnen an der Freien Hochschule noch folgende Vorlesungen: 14. Februar: Ernst August Georgy: Die Nibelungen Friedrich Hebbels. 16. Februar: Musikdirektor Herold Anetich: Anleitung zum fingenmäßigen Vortrag von Klavierwerken. Mit Erläuterungen am Flügel. Felsig Linke: Unser Sonnensystem. Mit Lichtbildern. 20. Februar: Dr. Bruno Wille: Monumente der Weltanschauung. 21. Februar: Dr. Bruno Wille: Wie uns die Kunst befreit. 24. Februar: Dr. Hermann Gasse: Journalistische Übungen. Einzelvortrag: 11. Februar: Dr. Alfred Koepfen: Der Humor in der Kunst. Mit Lichtbildern. Unsere Mitglieder erhalten die Sprechkarten für die zehntägigen Vorlesungen für 3 Mark statt 4 Mark, zum Einzelvortrag für 50 Pf. statt 75 Pf.

### Gewerbereins-Teil.

**Preßen.** Die Monatsversammlung des Gewerbevereins der Deutschen Stein- und Zugsarbeiter fand am 15. Januar in Semmelwitz statt. Die geschäftlichen Arbeiten wurden durch den Kassierer und Schriftführer erledigt. Abhandlung wurde der Jahresbericht vom Schriftführer bekannt gegeben. Für die Mithewaltung des Schriftführers forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, sich von den Plätzen zu erheben, was auch geschah. Des weiteren wurde längere Zeit über die Wahl einer Prüfungskommission diskutiert, schließlich aber davon abgesehen, da ihre Zweckmäßigkeit für den Verein nicht anerkannt wurde. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, daß jeder einzelne sich für die Gewerbevereinsangelegenheiten und für den Verein arbeiten möchte. Die nächste Versammlung findet am 19. Februar in Seckwitz statt. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß am Sonntag, den 18. Februar, die Eisenbahner in Feuer ihr Winterergütchen im Kongreß-

haufe feiern, an welchem sich die Mitglieder recht zahlreich beteiligen sollen. Es wurde noch zwei Mitgliedern Rechtschutz bewilligt. Am 5. März findet, um auch die Gefesseltigkeit zu ihrem Rechte kommen zu lassen, ein Maskenball beim Kollegen Scholz in Fennelwitz statt. Ein Mitglied wurde neu aufgenommen, drei Mitglieder mußten wegen Verzuges gestrichen werden. Schluß 7 Uhr.

**Schöneberg b. Berlin.** Am verflochtenen Sonnabend hielten die vereinigten Ortsvereine von Schöneberg eine große Versammlung ab, in welcher Kollege Wollter über das Thema sprach: „Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg und ihre Bedeutung für Berlin“. Außer den zahlreich erschienenen Mitgliedern waren auch einige Stadtverordnete sowie Vertreter der Hauptleitungen der Gewerbevereine anwesend. Einleitend betonte der Redner, daß Schöneberg die erste Stadt Groß-Berlins sei, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt habe. Er schilderte dann eingehend die Schäden, welche durch den Mangel einer Arbeitslosenunterstützung für die Arbeiter und für die Allgemeinheit entstehen. Aus diesen Gründen haben die Deutschen Gewerbevereine schon vor vielen Jahren die Arbeitslosenunterstützung für ihre Mitglieder eingeführt und damit, wie bei so vielen Angelegenheiten, vorbildlich gewirkt, denn heute haben die meisten Organisationen zur Einführung einer solchen Unterstützung jähren müssen. Der Vortragende schilderte dann die bereits eingeführten Unterstützungsanordnungen der verschiedenen Städte und Länder, um hierauf die für Schöneberg beschlossene Versicherung eingehend darzulegen. Dabei geisterte er scharf das Verhalten der Stadtgemeinde Berlin, welche wohl Erhebungen angestellt habe, aber sonst die Sache nicht energisch genug in Angriff nehme. Zum Schluß stellte er einige Thesen auf, deren Verwirklichung er den Mitgliedern der Gewerbevereine dringend ans Herz legte. Der Vortrag wurde mit vielem Beifall aufgenommen. In der folgenden Diskussion wurde zunächst Herr Stadtverordneter Peine seine Freude darüber aus, daß es ihm zum erste Male möglich sei, im Kreise der Gewerbevereine zu sprechen und dankte für die locale Anerkennung des Referenten. Er ging dann auf die Entwicklungsgeschichte der Arbeitslosenversicherung in Schöneberg des näheren ein und bemerkte, wenn auch zunächst nur eine geringe Summe für diese Zwecke ausgeworfen sei, so bürge doch die Zusammenfügung des Schöneberger Stadtparlamentes dafür, daß im Notfalle noch mehr bewilligt werde. Darauf stellte Kollege Bergmann einen Heizen Antrug des Vorredners bez. der Arbeitslosenunterstützung bei den Malern richtig und gab die von dem Gewerbeverein der graphischen Verufe, Maler und Radierer selbsteigenen Unterstützungsätze bekannt mit dem Bemerken, daß man damit sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Einige hierauf noch gestellte Anfragen wurden von Herrn Stadtverordneter Peine an liebenswürdigster Weise beantwortet. Herr Stadtverordneter Peine gab ebenfalls seiner Befriedigung über die fassliche Behandlung der Vorlage Ausdruck, worauf der Verbandssekretär Kollege Reuter noch des näheren auf die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung innerhalb der Deutschen Gewerbevereine und anderer Berufsverbände einging und dem Schöneberger Magistrat für sein Vorgehen, welches hoffentlich auch die anderen Gemeinden Groß-Berlins zur Nachahmung zwingen, Anerkennung zollte. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Versammlung begrüßt mit Freuden die Einführung der Arbeitslosenversicherung der Stadt Schöneberg. Die Versammlung bedauert im Namen der in

Berlin wohnenden und arbeitenden Mitglieder der einzelnen Ortsvereine lebhaft, daß der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin fortwährend die Einführung der Arbeitslosenversicherung für die Stadt Berlin beschleunigen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß alle sozial-verbündigen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher in Groß-Berlin mit aller Kraft dahin wirken werden, daß alle Gemeinden in Groß-Berlin recht bald dem Beispiel Schönebergs folgen werden und die Arbeitslosenversicherung für Groß-Berlin einführen.

### Verbands-Teil.

#### Berlin.

**Berlin.** Der Ortsklub der Deutschen Gewerbevereine (S. D.), Verbandsklub der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221-223. Mittwoch, 1. Februar, Vortrag des Kollegen Gustav Hartmann über: „Christliche Gewerkschaften“. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewerbevereins-Bezirksklub (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Leubungsstunde im Verbandskaufe der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willk.

#### Orts- und Regionalverbände.

**Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowwerstr. 42. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hasenlamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsklub, Kurfürststr. 29, Sitzung. — **Eberfeld-Warmen (Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Eulsenstr. und Erholungsgrün.-Gär. — **Selbstkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vertikalsaal G. Simon, Alter Markt. — **Soerren b. Badegau.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Rubenig. — **Soke a. G. (Ortsv.).** Der Distrikterabend find. jed. 1. Sonntag im Monat i. Passage-Kaff. Gr. Brauhausstr. hatt. — **Sumburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., im Hiltmanns Hotel, Kollstr., Distrikterstunde. — **Wiesbaden (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Dfstr. — **Wismar (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Giergasse. — **Zeitz (Gewerbevereins-Bezirksklub).** Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, hatt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind heral. willkommen. — **Zeitz (Ortsverband).** Montag, 30. Januar, abends 9 Uhr, Ortsverbandsversammlung im Verbandslokal „Stadt Hannover“. Tages-Ordnung: I. Geschäftliches. II. Ortsfrankenfassenwahl 1911. III. Jahresbericht des Kassierers. IV. Wahl der Agitations-Kommission. — **Mühlheim-Wahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Hirt Job. Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerchor der Gewerbevereine).** Die Leubungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Reibel, Hofstr. 5, hatt. Stimmbegabte Kollegen sind heral. willk. — **Regel (Distrikterklub für Regel, Vorkühnau und Reinkendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Becker, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Wetzlar (S. D.).** (Wohnabteilung der Gewerbevereine). Leubungsstunde jeder Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal Schweizerplatz, Schützenstraße. Gehängende Gewerbevereinskollegen hatt. willkommen. **Wetzlar (Distrikterklub der Gewerbevereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Ref. „Schweizerhaus“.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.**

### Große Gewerbevereinsversammlung!

Am Montag, den 30. Januar 1911, abends 8 Uhr, im großen Saal des Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/23.

Tagesordnung:

Ein neuer Gewaltstreik gegen die Koalitionsfreiheit der Gewerbevereiner.

Referent: Generalsekretär Gustav Hartmann.

Freie Diskussion.

Alle Gewerbevereinskollegen und -Kolleginnen sind herzlich willkommen. Der Generalrat.

**Regionalverband für die Mitglieder der Deutschen Gewerbevereine und deren Angehörigen in Berlin und Vororten.**

Am 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 221/23.

### General-Versammlung.

Tagesordnung: Rapport u. Rechnungsbericht III. u. IV. Quartal 1910. Jahresbericht 1910.

Wahl des Vorstandes und der Revisoren.

Bestätigung der Entschädigungen (§ 24 a. d. des Statuts).

Geschäftliches.

G. Schöcherer, Vorsitzender.

H. Körner, Schriftführer.

**Ortsv. (Ortsverb.).** Wandernde Kollegen erhalten Besprechungskarten im Werte von 75 Pf. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer W. Ritzsch, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umzug halten, aber gleich wieder abziehen, erhalten ein Ortsgehalt von 50 Pf. nur beim Ortsverbandskassierer.

**Spandau (Ortsverband).** Der Arbeitsnachweis befindet sich Wolltestraße 6, Restaurant zum „Lichtischen Zelt“, Fernsprecher Nr. 559. Dasselbst erhalten auch durchreisende Kollegen Karten im Werte von 75 Pfennig.

**Warth i. Pommer. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 50 Pf. Karten und zu haben bei K. u. G. Dähn, Poststraße 211 b. Arbeitsnachweis, Berlin.

**Wetzlar (Fabrik- und Handarbeiter).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachkloß, Kaffee und Frühkühn. Besprechungskarten beim Kassierer G. Clausen, Kolonnenstr. 82.

**Wenn wir Sie sprechen könnten**

würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik die

**Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosenstoffen, Westenstoffen, Damenluchene**

unbedingt Vorteile haben Spezialität: Erstklassige Neuhelten in besser. Qualität zu allerbilligsten Preisen. Verlangen Sie durch Postkarte Muster, wir schicken dieselben sofort franco ohne Kaufverzug.

**Lehmann & Assmy, Spremberg**

Ordnung o. Beste Tuchfabrik Deutschlands dies. An

**Weidlingen a. St. (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 50 Pfennige bei Georg Banghaf, Aktienfabrik bei Weidlingen, Bismarckstr. 26.

**Stralsund (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbands-Kassierer G. Stabenow, Antwerpdam 21.

**Primmensau (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstüßung. Kartenausgabe beim Kol. R. Adam, Wlogauerstr. 18.

**Kachen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mt. Refseunterstüßung in dem Arbeitersekretariat Kachen, Waldersteinweg 71.

**Schramberg (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pf. Unterstüßung b. Robert Egenter, Schramberg, Wladarstr. 18.

**Potsdam (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsgehalt bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.